Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 1000 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag,
24. Juli 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5080—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 46000 ℳ monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 8000,— ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

24. 7. a Nr. 339 1000
62. Jahrgang.

Die Goldanleihe des Reiches.

Die Besprechungen über die Aufnahme einer Goldanleihe des Reichs werden zwischen dem Finanzministerium, der Reichsbank und den Großbanken fortgesetzt.

Soweit bisher feststeht, dürfte es sich um eine Anleihe mit einer Laufzeit von zehn bis zwölf Jahren und einer fünfprozentigen Verzinsung handeln. Die Anleihe dürfte den Zeichnern etwas unter pari angeboten werden. Die kleinsten Stücke werden 5 Dollar oder 21 Goldmark betragen.

Wie wir weiter erfahren, erfolgt die Einlösung der Stücke bei Fälligkeit ebenso wie die Einlösung der Zinsscheine in Mark auf Grund des New Yorker Wechselkurses. Ueber die Höhe der Anleihe dürfte erst in der heute stattfindenden Besprechung Beschluß gefaßt werden. An eine Garantie der Reichsbank wird, wie wir bereits im Gegensatz zu anderen Meldungen mitteilen konnten, nicht gedacht.

Der Hauptgrund für eine wertbeständige Reichsanleihe in mäßigem Umfange liegt darin, dem Publikum ein Objekt in die Hand zu geben, damit es nicht genötigt ist, Devisen, Effekten und Ware zu kaufen.

Die Metallarbeiterwahlen.

Kommunistische Erfolge.

Moskau siegt in Berlin.

Am Sonntag und Montag haben in Berlin die Delegiertenwahlen zum diesjährigen Kasseler Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes stattgefunden. Ihr genaues Ergebnis liegt noch nicht vor, es steht aber fest, daß in diesem Jahre die Kommunisten zum erstenmal in der Berliner Metallarbeiterschaft die Mehrheit errungen haben. Bis Montag abend 12 Uhr wurden für die Liste A (Amsterdam) nur etwa 22 000, für die Liste B (Moskau) dagegen etwa 54 000 Stimmen gezählt. Da um diese Zeit nur noch aus 20 Wahllokalen die Ergebnisse ausstanden, ist der Sieg der kommunistischen Opposition entschieden. Die Wahlbeteiligung war in Berlin mit seinen mehr als 200 000 Metallarbeitern gering.

Auch im Reich haben die Kommunisten eine Reihe von Siegen aufzuweisen, so daß die Haltung des Gesamtverbandes entscheidend beeinflußt werden dürfte. Im folgenden geben wir eine Uebersicht bisher vorliegender Abstimmungsergebnisse, die jedoch insofern mit Vorsicht aufzunehmen sind, als offizielle Daten noch nicht ausgegeben sind und diese Zahlen zum großen Teil Parteiorganen entstammen.

Vorläufige Ergebnisse:

	Liste A (sozald.)	Liste B (kommun.)
Berlin (bis 12 Uhr nachts)	22 272	54 287
Gelsenkirchen	1 527	1 948
Essen	2 590	4 983
Düsseldorf	3 874	4 513
Bochum	1 764	2 604
Solingen	4 297	564
Chemnitz	7 900	7 300
Plauen i. V.	1 125	1 940
Hamburg	4 928	3 489
Stettin	1 501	673
Kiel	1 558	1 019
Lübeck	974	930

Einkehr.

Herr Stresemann, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, hat in den „Frankfurter Nachrichten“ in längeren Ausführungen Stellung gegen einen Artikel genommen, der das Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Koalitionsregierung in Preußen forderte. Seit der Vereinigung der Mehrheitssozialdemokratie mit den Unabhängigen sei eine gemeinsame Regierungsbildung mit der Sozialdemokratie für die Volkspartei unmöglich geworden, sie sei „wider die Natur der Partei“.

Herr Stresemann polemisiert gegen diese Anschauungen mit sehr guten Argumenten, die uns um so besser gefallen, da sie durchweg schon vor Jahresfrist in der „DAZ“ zu lesen waren, als der Führer der Volkspartei durch Gründung seiner bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft einen Wall gegen den steigenden Einfluß der Sozialdemokratie aufwerfen zu müssen glaubte, deren Vereinigung mit den Unabhängigen erst noch bevorstand. Damals war Herr Stresemann über die Haltung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ etwas erregt. Heute stimmt er uns zu. Wir freuen uns dessen aufrichtig, sowie auch der Tatsache, daß Herr Stresemann, um seine bedeutsame Ansicht zum Ausdruck zu bringen, den Weg zu den „Frankfurter Nachrichten“, also zur „Stinnes-Presse“ genommen hat. Damit hat er zugleich die törichten Redensarten der „Vossischen Zeitung“ widerlegt, die wieder einmal versucht, zwischen dem Führer der Volkspartei und ihrem „schwerindustriellen Flügel“ Hundehaare zu säen.

Poincaré und Bernhard.

Der Bruderschmatz, den Herr Poincaré in seiner Hetzrede zu Villers-Cotterets Herrn Bernhard vom Verlag Ullstein auf die Wange gedrückt hat, wird auf der Gegenseite doch nicht angenehm empfunden. Wenn Poincaré auch nicht gerade Herrn Bernhard genannt und sich auf dessen Artikel über die zu 90 % von der Großindustrie heimlich aufgekaufte deutsche Presse ausdrücklich berufen hat, so war die Wendung von der deutschen Industrie, die „die Herrin der deutschen Presse“ sei, deutlich genug nach dem Jubel, den der Artikel Bernhards in der chauvinistischen Presse Frankreichs gefunden hatte.

Das fühlt auch Herr Bernhard, und deshalb erhebt er jetzt „auf das entschiedenste“ dagegen Einspruch, wenn „der Ministerpräsident dieser Geldsackrepublik“ sich in diese interne Angelegenheit des deutschen Volkes mischt, und fast weinerlich klingt seine Klage aus in den Worten:

„Es wird nicht lange dauern, dann werden die Zeitungen, die im Dienst der Großindustrie fechten, es so hinstellen, als ob die Kritiker der Industrieallmacht Herrn Poincaré das Material zu seinem Kampf gegen Deutschland geliefert haben.“

In der Tat: Es wird nicht lange dauern! In Wahrheit ist sich, wie wir bewiesen haben, der größte Teil der deutschen Presse schon längst über das Treiben der „Kritiker der Industrie“ vom Schlage des Herrn Bernhard einig.

Amtl. Dollarkurs: 414000.

Unveränderte Verhandlungslage.

Paris hält weiter dicht. — Mussolini wünscht Berücksichtigung des Schuldenproblems. — Amerikanischer Zahlungsaufschub für Frankreich?

S. **Paris**, 24. 7. (Eigenbericht.) Ueber die diplomatischen Verhandlungen wird tatsächlich noch das strengste Stillschweigen bewahrt. Blätter, wie der „Gaulois“, wundern sich heute selbst darüber, da doch mindestens hundert Personen in den Inhalt des englischen Memorandums eingeweiht wurden; aber allgemein scheint man sich zur strengsten Diskretion verpflichtet zu haben, um die Verhandlungen nicht wieder zu stören oder sie dadurch gar scheitern zu lassen. Die heutigen Morgenblätter enthalten daher auch kaum etwas Neues über die diplomatische Lage.

Der „Matin“ schreibt, daß die belgische Regierung die „platonischen Betrachtungen“ der englischen Regierung durch praktischere Vorschläge ersetzt sehen möchte namentlich was die Finanzkontrolle und die Garantien durch Steuern, Zölle und Monopole anbelange. Das „Echo de Paris“ kann heute kaum noch seine Schadenfreude verbergen über die ständig zunehmenden Schwierigkeiten in Deutschland. Das sei die Rache der Regeln von Soll und Haben, die man schon lange erwartet habe. Der „Eclair“ erblickt als Hauptforderniß eine vollkommene Einigkeit zwischen Belgien und Frankreich, um aus dieser diplomatischen Debatte siegreich hervorgehen zu können.

Auch aus den übrigen Hauptstädten der alliierten Mächte liegen heute nur wenig neue Nachrichten vor. Nach einer Meldung des „Excelsior“ soll Mussolini die englische Regierung haben wissen lassen, daß wenn er auch die Ziele und Methoden ihrer Politik billige, er doch enttäuscht darüber sei, daß jeder Vorschlag über die interalliierten Schulden fehle, eine Frage, die doch unzertrennlich mit dem Reparationsproblem verbunden sei.

Washington wird nach einer New Yorker Meldung keine formelle Antwort nach London schicken, vielmehr wird sich Hughes darauf beschränken, der englischen Regierung seine Ansicht über die verschiedenen Punkte der englischen Note mitzuteilen. Der „New York Herald“ berichtet, daß Amerika Frankreich die Stundung seiner Schulden auf fünfzehn Jahre zubilligen werde, wenn die französisch-englischen Reparationsverhandlungen den Aufschub der deutschen Zahlungen auf den gleichen Zeitraum ergeben sollten.

Die „Ere nouvelle“ erhebt auch heute wieder ihre ständige Mahnung zum Wiederaufbau Gesamteuropas. Ein deutsch-französischer Friede sei möglich und notwendig, und er würde ein Segen für die ganze Welt sein.

Französisch-belgische Antwort vor dem 14. August?

Englische Rückfragen.

Paris, 24. 7. (W. T. B.) Minister Le Trocquer ist heute vormittag von seiner Reise ins Ruhrgebiet zurückgekehrt, um einer heute stattfindendn Kabinettssitzung beizuwohnen. Wie das „Journal“ mitteilt, glaubt man in Paris, daß die Antwort auf die englischen Dokumente in der Reparationsfrage Ende dieser Woche oder spätestens Anfang der nächsten Woche fertiggestellt werden, auf alle Fälle so zeitig, daß die englische Regierung in der Lage sein wird, noch vor Beendigung der Parlamentssession am 14. August eine Erklärung abzugeben.

Wie der „Matin“ mitteilt, soll die englische Regierung Frankreich um nähere Erläuterung der von Frankreich gewünschten Garantien in der Sicherheitsfrage ersucht haben.

Der „Bankrott der Ruhrpolitik“.

Paris, 24. 7. „Echo de Paris“ schreibt: Es sei zwecklos zu verheimlichen, daß die Ansichten der englischen Regierung nur schwer vereinbar seien mit der französischen Politik vom 11. Januar. Frankreich könne sich nicht sagen lassen, daß die Politik hinsichtlich der Ruhrbesetzung bankrott gemacht habe, weil dies den Tatsachen widerspreche. Ferner könne Frankreich den Handel nicht annehmen, der hinsichtlich des passiven Widerstandes vorgeschlagen werde. Was den Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 betreffe, so sei Frankreich gezwungen, ihn so lange aufrecht zu erhalten, als das Damoklesschwert der englisch-amerikanischen Verhandlungen über Frankreich schwebe. Wenn man an diesem Zahlungsplan rühre, müsse man zugeben, daß Frankreichs Schulden gegenüber Amerika und England von der Regelung der Bondsfrage abhänge. Frankreich sei bereit, das von Deutschland vorgeschlagene Zahlungssystem, das man Garantie nenne, zu prüfen. Aber deshalb dürften die Pfänder, die Frankreich in Händen habe, nicht aufgegeben werden.

Nach einer Sachverständigensitzung, die gestern am Quai d'Orsay stattfand und in der die englischen Dokumente gemeinsam geprüft wurden, ist, wie das „Echo de Paris“ mitteilt, außer den neuen Instruktionen für den französischen Botschafter in Brüssel auch ein längeres Memorandum, das die französische Auffassung darlegt, an die belgische Regierung abgegangen.

Der Welt-Schiedsgerichtshof unzuständig für die Ostkarelienfrage.

S. **Paris**, 24. 7. (Eigenbericht.) Wie der „Petit Parisien“ heute aus dem Haag berichtet, hat sich der Internationale Gerichtshof mit 7 gegen 4 Stimmen für unzuständig erklärt, eine Entscheidung über die vom Völkerbund gewünschte Autonomie von Ostkarelien zu fällen, weil es sich um russisches Gebiet handele und Rußland weder den Völkerbund noch die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes in dieser Frage anerkannt habe.

London verstimmt über die Hinauszögerung der Antworten.

Poincarés Geheimdiplomatie rächt sich.

London, 24. 7. (W. T. B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in britischen Kreisen sei man von der Andeutung überrascht, daß die endgültige Antwort auf den britischen Antwortentwurf vielleicht hinausgeschoben werden würde. Der Irrtum, den man begangen habe, indem man dem französischen Ersuchen um Geheimhaltung des Inhalts der Dokumente und der Verhandlungen so leicht stattgegeben habe, werde jetzt in weiten Kreisen eingesehen. Es sei aber kaum möglich, dies wieder gut zu machen. Die britische Regierung habe ihren Wunsch auf Antwort noch vor der Parlamentstagung deutlich ausgesprochen.

Brüssel sei den englischen Vorschlägen günstiger gesinnt als Paris und optimistischer hinsichtlich interalliierter Vereinbarungen. Es bleibe abzuwarten, ob diese Haltung den bevorstehenden Meinungsaustausch mit Poincaré überleben wird. Rom sei im allgemeinen mit den britischen Zielen und Methoden einverstanden, aber enttäuscht über das Fehlen eines Vorschlages, betreffend Verschmelzung der Reparationsfrage mit der der interalliierten Schulden. (Siehe auch das Telegramm unseres Pariser Berichterstatters. — Red.) Demgegenüber müsse wiederholt erklärt werden, daß nach einem solchen Vorschlag Amerika seine Teilnahme an einer Lösung der Krise endgültig verweigern würde, was infolge der günstigen Aufnahme der britischen Vorschläge in Amerika besonders zu vermeiden gewesen sei.

Belgiens Stellung zur englischen Note.

Paris, 24. 7. (W. T. B.) Der belgische Ministerrat beschäftigte sich gestern nachmittag mit den von der englischen Regierung übermittelten Dokumenten zur Reparationsfrage. Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ will trotz völliger Geheimhaltung über den Verlauf des Ministerrats folgende fünf Thesen aufzustellen in der Lage sein, die den Standpunkt des belgischen Kabinetts kennzeichneten:

1. im englischen Entwurf sind gute Dinge neben schlechten festzustellen;

2. die englischen Dokumente verschließen die Tür für weitere Verhandlungen nicht;

3. was die Ruhrfrage betrifft, wird Belgien sich nicht in einer so strengen Weise an Frankreich für gebunden erachten.

Es muß die Gelegenheit gesucht werden, Amerika an die Seite der Alliierten zu bringen. Der Gedanke, die Beurteilung der Finanzlage Deutschlands einem unparteiischen, rein beratenden, von einem Amerikaner präsidierten Ausschuß zu überweisen, darf also nicht von vornherein zurückgewiesen werden.

Lloyd George kritisiert Baldwins Politik.

London, 24. 7. (W. T. B.) Lloyd George sagte gestern abend auf einem ihm zu Ehren gegebenen Fest, es sei zweifelhaft, ob ein unparteiischer Beobachter später der Ansicht sein werde, daß der Wechsel der Regierung England zugute gekommen sei. Die Koalitionsregierung habe es wenigstens fertiggebracht, Poincaré neun Monate an der Besetzung des Ruhrgebiets zu hindern, einer Handlung, die das wirtschaftliche Leben ganz Europas in Verwirrung gebracht habe. Das Programm der neuen Regierung sei engere Freundschaft mit Frankreich gewesen. Offenbar sei aber die Entente geschwächt worden. Mit der Türkei habe England einen Frieden abgeschlossen, wie er demütigender von England nie unterzeichnet worden sei. Was die Ruhrfrage betreffe, so werde England, das ein vitales Interesse daran habe, nicht einmal um seine Meinung befragt. Poincaré besuche Theunis und Theunis Poincaré, aber Großbritanniens Ansichten würden nicht eingeholt. Schließlich sprach Lloyd George zugunsten eines Zusammenschlusses der beiden liberalen Parteien.

Deutscher Flottenbesuch in Karlskrona.

Karlskrona, 23. 7. (W. T. B.) Ein aus dem Linienschiff „Hannover“, dem Kleinen Kreuzer „Arcona“ und 11 Torpedobooten bestehendes deutsches Geschwader ist heute früh in den hiesigen Orlogshafen eingelaufen.

Revisionsverfahren gegen Krupp Mitte August.

S. **Paris**, 24. 7. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung des „Journal“ wird die Revisionsverhandlung im Krupp-Prozeß vor dem Pariser Kassationsgerichtshof kaum vor dem 10. August stattfinden können. Den Vorsitz führt Bouilloche, als Offizialverteidiger fungiert Coutard. Die einzige Frage, um die es sich vor dem Kassationsgerichtshof handeln wird, ist die über die Zuständigkeit des Kriegsgerichts, welches das erste Urteil gefällt hat. Wie das „Journal“ schon heute andeutet, wird die Revisionsverhandlung einen neuen Fehlschlag für die Verurteilten bedeuten, die damit alle Rechtsmittel erschöpft haben, und deren Verurteilung damit endgültig werden wird. Es wird allgemein angenommen, daß der Oberste Pariser Gerichtshof kein anderes Urteil fällen wird als das am 22. März, wo in einer Verhandlung über ein Urteil gegen Thyssen gleichfalls die Zuständigkeit des Kriegsgerichts in Mainz anerkannt wurde. Nach dem Spruche des Revisionsgerichtshofes werden Krupp und seine Direktoren in französische Gefängnisse übergeführt werden.

Die Verkehrssperre.

An amtlicher Stelle ist nichts darüber bekannt, ob die Rheinlandsperre zu dem festgesetzten Termin aufgehoben oder wieder verlängert wird. Es muß aber eindringlich vor jedem Zuzug gewarnt werden, damit nicht wieder ähnliche Verhältnisse an den Kontrollstationen eintreten, wie nach der angeblichen Aufhebung der ersten Sperre.

Abrüstungsdebatte im Unterhaus.

Der Antrag der Opposition abgelehnt.

London, 24. 7. (W. T. B.) Im Unterhaus brachte gestern nachmittag der Arbeiterführer Ramsay Macdonald unter lautem Beifall seiner Parteifreunde eine Entschließung zugunsten der Abrüstung ein. Sie besagt, das Unterhaus beklage die riesigen und zunehmenden Ausgaben für die Streitkräfte zur See und in der Luft und andere militärische Vorbereitungen, die wieder den

Beginn des Rüstungswettbewerbs

bedeuteten und Mittel verbrauchten, die für Unterricht, Gesundheitswesen und ähnliche soziale und humane Zwecke verwendet werden sollten. Sie erinnert an die Versprechungen politischer Führer und an die Erwartungen der Nation, daß der große Weltkrieg der letzte Krieg sein sollte. Die Entschließung fordert die Regierung auf, unverzüglich Schritte zu tun, um eine internationale Konferenz einzuberufen, damit diese ein Programm nationaler Sicherheit erwäge, das von der Grundlage auszugehen hätte, daß der Friede und die Freiheit der kleinen und großen Nationen nur durch Abrüstung gesichert werden könne.

Wenn im Antrag der Arbeiterpartei der Völkerbund nicht erwähnt werde, so sei dies geschehen, weil er noch nicht das Vertrauen verschiedener hervorragender Nationen gefunden habe und weil die Arbeiterpartei wünsche, daß die Vereinigten Staaten sich an der vorgeschlagenen Konferenz beteiligten. Die Welt kehre wieder zu der Geistesverfassung von 1914 zurück. Macdonald kritisierte die Errichtung eines militärischen Stützpunktes in Singapore und wies darauf hin, daß es in Europa keinen wahren Frieden geben würde, bevor der Versailler „Vertrag“ revidiert worden sei. Ganz besonders werde England von irgendeiner militärischen Diktatur in Europa betroffen. Deshalb müsse es die Führung in einer großen Bewegung übernehmen, deren Ziel die Abrüstung aller Nationen sei.

Baldwin erklärte,

der Ernst der gegenwärtigen Lage könne gar nicht übertrieben werden. **Europa sei noch immer ein bewaffnetes Lager, in dem sich mehr Leute unter den Waffen befänden als 1914 bei Kriegsausbruch.** England müsse der Welt beweisen, daß es wirklich meine, was es sage. Eine Abrüstung sei nur **möglich, wenn sich die Mächte zusammenschlössen.**

Staatssekretär für Luftfahrt Hoare verteidigte die Luftpolitik der Regierung, indem er ausführte: „Die Zerstörungen durch Luftangriffe werden heute hundertmal schlimmer sein als im letzten Kriege. Aus diesen Umständen kann es sich keine Regierung leisten, ihr Land von aller Luftverteidigung zu entblößen. Was die Abrüstung im allgemeinen betrifft, so muß der materiellen die moralische folgen. Der Vorschlag, an die Frage der

Abrüstung durch gegenseitige Garantieverträge

heranzugehen, schließt die Gefahr in sich, daß man zum alten Regime der Gruppierung von Mächten zurückkehrt. Doch wird auch diese Möglichkeit von der Regierung ohne Voreingenommenheit geprüft.

Nach längerer Debatte ergriff Baldwin noch einmal das Wort und erklärte, der Traum eines allgemeinen Friedens sei schon Jahrhunderte alt. **Aber die Regierung glaube, daß ein [illegible], im gegenwärtigen Zeitpunkt eine internationale Konferenz einzuberufen, keinen Erfolg haben würde.** Bevor man an dieses Problem herantrete, müsse erst das Reparationsproblem und die Frage der Sicherheiten (!) geregelt werden. **Es bestehe keine Aussicht darauf, daß Frankreich eine günstige Antwort erteile, bevor es Ergebnisse in der Frage der Reparationen und der Frage der Sicherheiten erreicht habe.** Das erste, was die Regierung tun müsse, sei, das Reparationsproblem in Ordnung zu bringen.

Baldwin wies darauf hin, daß der Völkerbund wiederum die Abrüstungsfrage und die Möglichkeit, sie mit allgemeinen Garantieabkommen in Verbindung zu bringen, erwäge.

Die Bemühungen des Völkerbundes

würden konkrete Formen annehmen. Es würden wahrscheinlich nach der Völkerbundsversammlung im September den Regierungen Europas Vertragsentwürfe zur Genehmigung unterbreitet werden, und er sei sicher, daß nicht nur die britische, sondern auch die anderen führenden Regierungen Europas diese Arbeit des Völkerbundes mit Sympathie und Interesse prüfen würden und mit dem ernsten Wunsche, die Bestrebungen des Bundes in irgend einer Form zu verwirklichen.

Hierauf wurde die Resolution der Arbeiterpartei mit 285 gegen 169 Stimmen abgelehnt. Der „Times“ zufolge stimmten die Asquith-Liberalen mit der Arbeiterpartei, die Lloyd-George-Liberalen mit der Regierung.

*

Es stand zu erwarten, daß die kürzlich im Unterhaus angenommene Luftflottenvorlage, die eine Verstärkung der militärischen Luftstreitkräfte fast um das Dreifache vorsieht, eine Aktion von seiten der parlamentarischen Opposition hervorrufen würde. Es wird auch der englischen Regierung nicht unangenehm gewesen sein, daß ihr durch die Interpellation Macdonalds die Gelegenheit gegeben wurde, alles Odium in der Abrüstungsfrage von sich auf den lieben Nachbarn jenseits des Kanals abzuwälzen. Die Interpellanten haben versucht, Parallelen zwischen der heutigen Lage im Luftflottenbau und der Lage auf dem Gebiete der Kriegsflotten zu ziehen, wie sie zur Zeit der Washingtoner Konferenz bestand. Die Lage ist aber heute eine grundsätzlich andere. Die England von Frankreich drohende Gefahr ist so akut, daß in der Tat die englische Regierung gezwungen ist, ihr in irgend einer Form zu begegnen. Man wird auch Baldwin darin recht geben müssen, daß es unmöglich sein wird, einen Rüstungsausgleichsvertrag mit Frankreich herzustellen. Der Möglichkeit, in dieser Richtung einen Druck auf Frankreich auszuüben, hat England sich gründlich begeben, als es die völlige militärische Ohnmacht Deutschlands genehmigte und selbst — dank Lloyd George — in einer unverständlichen Verblendung voreilig seine Streitkräfte herabsetzte.

Der Trost Baldwins, der Völkerbund werde noch in diesem Herbst mit verblüffenden Erfolgen in der Abrüstungsfrage aufwarten, klingt ebenso verlegen wie mager. Baldwin wird so klug sein und selbst nicht daran glauben. Die Vertröstung auf Genf ist ihm nur das taktische Mittel, einer Entscheidung auszuweichen.

Im übrigen stellen wir Deutschen, als einzig tatsächlich entwaffnetes Volk, mit einer gewissen bitteren Ironie fest, daß der Ton der Abrüstungsreden heute genau dem der Vorkriegszeit gleicht, und daß die Prinzipien, den Krieg durch die Vorbereitung des Krieges zu vermeiden, trotz Wilson, trotz Versailles, trotz Lloyd George, trotz „Demokratie, Menschlichkeit und Völkerversöhnung“ heute bestehen wie damals.

Offizieller Friedensschluß in Lausanne.

Jugoslawien unterzeichnet nicht. — Rumänische Vorbehalte.

S. **Paris**, 24. 7. (Eigenbericht.) Wie amtlich berichtet wird, hat der Führer der jugoslawischen Friedensdelegation in Lausanne die Delegierten der einladenden Mächte davon in Kenntnis gesetzt, daß Jugoslawien den Friedensvertrag nicht mit unterzeichnen könnte.

Ueber die Gründe dieser Haltung machte der Vertreter Jugoslawiens dem Mitarbeiter des „Petit Parisien“ folgende Mitteilungen: Jugoslawien würde den Vertrag mit unterzeichnet haben, wenn seine Erklärung wegen der türkischen Schulden in den Vertrag mit aufgenommen worden wäre. Die jugoslawische These sei folgende: Im Londoner Vertrag von 1913 seien alle territorialen Fragen zwischen der Türkei und Serbien geregelt, und diese hätten seitdem keinerlei Wechsel, auch nicht infolge des Weltkrieges erfahren. Infolgedessen betrachte Serbien auch heute noch alle finanziellen und wirtschaftlichen Fragen genau dem Londoner Abkommen entsprechend. Dies ergebe sich ohne weiteres aus dem Artikel 6 des noch immer in Kraft befindlichen Londoner Abkommens. Der Vertrag von Lausanne habe nur die infolge des Weltkrieges neu aufgetauchten Fragen geregelt, habe aber an der endgültigen Regelung des Londoner Vertrages nichts ändern können.

Außerdem gelangen zur Unterzeichnung vier Sonderabkommen, und zwar:

1. das Meerengenabkommen, das alle Signatarmächte des Friedensvertrages, Bulgarien und außerdem später in Konstantinopel Rußland unterzeichnen.

2. das Abkommen über die thrazische Grenze, das die Unterschrift der Signatarmächte, Italiens und Bulgariens trägt,

3. das Abkommen über das Niederlassungsrecht und die gerichtliche Zuständigkeit, das von den Signatarmächten unterzeichnet wird,

4. das Handelsabkommen.

Dazu kommen 12 Protokolle bezw. Erklärungen, die entweder von den Signatarmächten und den sonst beteiligten Regierungen, oder nur von den einen oder anderen unterzeichnet werden, nämlich eine Erklärung oder Protokoll über die Amnestie, eine türkische Erklärung über die Gesundheitsfrage, eine türkische Erklärung über die Gerichtsverwaltung und ein Protokoll über die Konfessionen, das alle Signatarmächte mit Ausnahme Japans unterzeichnen, das die Beteiligung ablehnte, ferner Erklärungen Belgiens und Portugals über das von den drei alliierten Mächten zu unterzeichnende Protokoll, betreffend Räumung Konstantinopels und der Dardanellen, mit einer türkischen Erklärung über die Räumung der Inseln Imbros und Tenedos, ein Protokoll über Thrazien, ein Protokoll über die Nichtunterzeichnung des Vertrages mit Jugoslawien, ein Protokoll über die Beteiligung Belgiens und Portugals an gewissen Klauseln des Vertrages und der Schlußakte, die die Unterschriften aller beteiligten Staaten tragen. Insgesamt werden 18 diplomatische Aktenstücke unterzeichnet werden.

Wie bereits gemeldet, ließ der rumänische Delegierte Diamandi seine Rede, die er in der morgigen Unterzeichnungssitzung der Konferenz zu halten beabsichtigte, der Presse zugehen. Er hat heute gefordert, daß diese Rede in das Protokoll der Schlußsitzung aufgenommen werde. In dem Abschnitt, in dem er einen Appell an die Einigkeit der Alliierten richtet, heißt es u. a.:

„Die rumänische Delegation wünscht in erster Linie darauf hinzuweisen, daß während der langen Monate, die wir hier verbrachten, das Einvernehmen zwischen den Alliierten aufrecht erhalten wurde. Wodurch würde man die Einigkeit aller Alliierten zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung, wie sie aus den Friedensverträgen hervorgeht, ersetzen? Ich glaube nicht, daß man den paradoxen Gedanken vertreten kann, daß der europäische Friede durch das Gleichgewicht und die Zufriedenheit aufrecht erhalten werden könnte. Die Aufgabe, die den Mächten zukommt, besteht darin, an allen Punkten Europas über die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung zu wachen. Deshalb gerade wurden die örtlichen Ententen geschaffen, die diese Aufgabe erleichtern. Dieses System von Ententen, unterstützt durch die moralische Mitwirkung des Völkerbundes, bildet die Gewähr für die Ruhe in Europa.“

Der „Matin“ veröffentlicht heute einen heftigen Artikel gegen Benizelos, den er den Feind Griechenlands und den Feind Frankreichs nennt. Der ganze Artikel ist eine heftige Polemik, in dem es auch nicht an Seitenhieben auf Briand und Clémenceau fehlt, weil sie sich beide von Benizelos hätten irreführen lassen und das wahre Gesicht dieses Landesverräters nicht erkannt hätten. Der Artikel schließt, man müßte Griechenland, man müßte Europa von derartigen dunklen Existenzen befreien, die in der Welt nur Haß und Unordnung sowie Untergang herbeiführen.

6 Monate Gefängnis für Prinzessin Hohenlohe-Oehringen.

Leipzig, 24. 7.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs gegen die Prinzessin Margarete von Hohenlohe-Oehringen lautet auf 6 Monate Gefängnis wegen Begünstigung des Hochverrats in Tateinheit mit Meineid. Die Angeklagte hat die auf sie entfallenden Kosten des Verfahrens zu tragen. Das Gericht schloß sich in allen Teilen den Ausführungen des Oberreichsanwalts an.

(Siehe auch Seite 2.)

Die Mobilmachung der Insurgenten.

Von unserem Berichterstatter.

II. Kattowitz, 21. Juli.

„Nur der Staat kann existieren, der sich ausdehnt.“ Das ist die Weisheit, die der jetzige polnische Ministerpräsident vor wenigen Tagen nach hiesigen Blättermeldungen auf einer Tagung seiner Partei als Leitfaden seiner Regierungskunst ausplauderte. Er fügte hinzu, daß man nicht weiter gen Westen blicken könne, sondern nach dem Osten schauen müsse. Eine solche Aeußerung muß Erstaunen hervorrufen, nachdem die ganze Politik bisher nach dem Westen blickte. Man treibt deutschfeindliche Politik, wo man nur kann, entsprechend der Rede, die der Staatspräsident in Kattowitz gehalten hatte. Auch die Probemobilmachung der Insurgenten, die vor einigen Tagen mit großen Mitteln und mit einem großen Aufwand durchgeführt wurde, zeigt, daß der Blick Polens nach wie vor nach dem Westen gerichtet ist.

Die Insurgenten hatten in aller Heimlichkeit ihren Organisationen den Befehl gegeben, daß sie sich zu einer bestimmten Zeit in ihrem Heimatsort zu versammeln hätten. Nur die obersten Führer waren über die diesmalige Uebung näher unterrichtet. Die Generalidee war dann die, daß sich die Insurgenten aus den verschiedensten Teilen der Wojewodschaft zu einer bestimmten Abendstunde auf dem Platze vor dem Theater in Kattowitz, das einst die deutsche Inschrift trug: „Deutschem Wort, deutscher Art“, aufzumarschieren hätten. Dieser Aufmarsch gelang zweifellos und zeigte immerhin, daß die ständigen militärischen Uebungen der Insurgenten nicht ohne Erfolg abgehalten werden. Die polnischen Zeitungen berichteten denn auch, daß es sich hier um eine Probemobilmachung gehandelt habe, um kennen zu lernen, ob die Verbände noch die alte Schlagkraft besitzen und ob die Organisationen über einen festen Zusammenhang verfügen. Wer diese zum Aufmarsch kommenden Massen kritisch beobachtete, konnte sehen, daß unter ihnen viele Polen sind, die niemals Insurgenten waren, die vielmehr bei ihrer Jugend bei dem letzten großen Aufstande vor drei Jahren noch die Schulbank drückten.

Dem ernsten Vorgange fehlten auch nicht humoristische Momente. Wir haben in Ost-Oberschlesien einen Wojewoden, unter dessen Regierung die Deutschen unterdrückt und ihre Schulen geschlossen werden, unter dessen Leitung die Unfreiheit immer mehr zum leitenden Prinzip erhoben wurde. Und ausgerechnet diesem Wojewoden, einem alten österreichisch-galizischen Hofrat, der, bevor er nach Kattowitz kam, Wojewode in Lemberg war, mußte es passieren, daß er sich so die Gegnerschaft der Insurgenten zuzog, daß sie fortgesetzt in die Rufe ausbrachen: „Fort mit dem Deutschenfreunde!“ Man wollte dem Wojewoden, der bereits wieder vor der Abberufung steht, einige im Kommandotone gehaltene Resolutionen überreichen. Er ließ sich, angeblich wegen Krankheit, von der dazu beauftragten Deputation nicht sprechen. Darauf erfolgte ein Protestzug der Insurgenten auf siebzig Lastautomobilen zur Villa des Wojewoden. Jedoch: Der Vogel war inzwischen ausgeflogen. Der Wojewode hatte mit seinem gesamten Dienstpersonal vor der Liebe seiner Insurgentenscharen schleunigst Fersengeld gegeben und war für den Abend verschwunden, die Räume seiner Wohnung standen leer . . . Boshaft bemerkte die polnisch-sozialistische „Gazeta Robotnicza“ zu diesem Vorgange, daß der Wojewode schon mehrfach vorher aus Furcht vor den Insurgenten nicht mehr in seiner eigenen Villa geschlafen hätte!

Wer die politischen Zusammenhänge dieser Mobilmachung noch besser kennen lernen wollte, brauchte nur die Parade vor dem französischen Generalkonsul Mongendre auf dem Kattowitzer Ringe zu sehen. Mit drastischen Worten gedachte die erwähnte „Gazeta Robotnicza“ dieser Parade, wobei sie gleichzeitig auch an die Ausbeutung der ost-oberschlesischen Arbeiterschaft durch die — Franzosen erinnerte. Das Blatt schrieb über diese so interessante Parade vor dem Franzosen: „Vor dem Theater stand in seiner ganzen diplomatischen Pracht der französische Generalkonsul und nahm die Parade der Aufständischen ab. Neben ihm plazierte sich die französische Kolonie oder alles das, das das Geld aus den schlesischen Gruben und Hütten, aus dem blutigen Schweiße und den Strapazen des schlesischen Arbeiters schöpft.“ Das Blatt fügte schließlich noch die weitere Bemerkung bei: „Wie tief ist der schlesische Arbeiter gesunken, wenn er so noch seinem Bedrücker huldigt.“ Der Führer dieser Parade anläßlich der Insurgentenmobilmachung brachte natürlich auf Frankreich ein Hoch aus, das durch den französischen Generalkonsul mit einem Hoch auf Polen und seine Insugentenscharen erwidert wurde.

Endlich beanspruchen die Machenschaften der Insurgenten nach wie vor die größte Aufmerksamkeit noch aus einem anderen Grunde: In der Budgetkommission des Kattowitzer Sejms hat ein Abgeordneter des Korfantyblocks, dem man nachsagt, daß er vor einigen Jahren das Zwei-Kaiser-Denkmal in Kattowitz sprengte, die Bescheidenheit gehabt und eine Milliarde Mark von der Regierung verlangt mit der ausdrücklichen Begründung, daß diese Summe erforderlich sei, damit die Organisationen der Insurgenten gegen das Deutschtum, aber auch gegen allzu lässige — Behörden ausreichend arbeiten könnten. Erst als von anderen Abgeordneten energisch gegen eine solche Milliardenforderung der Insurgenten Stellung genommen wurde, als man darauf hinwies, daß derartige Mittel in den Händen der Insurgenten zu anarchischen Zuständen führen müßten, ließ man den Antrag fallen und suchte ihn harmlos als ein Mißverständnis hinzustellen! Die Insurgenten zweifeln aber wohl kaum daran, daß ihnen die gewünschten Mittel auch erneut von anderer Seite — nämlich aus französischen Quellen — zur Verfügung gestellt werden, worauf die Einleitung einer neuen Hetz- und Haßkampagne gegen das oberschlesische Deutschtum beginnen kann.